
FDP Hanau

UNTERNEHMERGEIST ERMÖGLICHEN, NICHT VERWALTEN — FDP HANAU IM AUSTAUSCH MIT IHK

14.10.2025

Die FDP Hanau hat sich im Rahmen eines Arbeitsbesuchs bei der Industrie- und Handelskammer (IHK) Hanau-Gelnhausen-Schlüchtern mit Hauptgeschäftsführer Dr. Gunther Quidde und der Leiterin für Kommunikation und Standort, Selina Lukas, über die aktuelle Lage der regionalen Wirtschaft ausgetauscht. Ziel des Gesprächs war es, die Bedürfnisse der Unternehmen vor Ort besser zu verstehen und politische Hebel zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Hanau zu identifizieren.

Im Mittelpunkt stand die jüngste Standortumfrage der IHK, deren Ergebnisse Selina Lukas präsentierte. Auffällig ist: Die digitale Infrastruktur, insbesondere Breitband und Mobilfunk, hat inzwischen eine höhere Priorität für Unternehmen als die klassische Verkehrsanbindung über Straße und Schiene. „Eine stabile digitale Versorgung ist längst zum entscheidenden Standortfaktor geworden“, so Lukas.

Zudem wünschen sich Unternehmen eine zuhörende und unterstützende Verwaltung, die im Rahmen ihrer Kompetenzen partnerschaftlich handelt. Neben Infrastrukturfragen spielen Faktoren wie Reaktionsgeschwindigkeit, Bearbeitungsdauer, Verlässlichkeit, Kundenorientierung, Erreichbarkeit und transparente Entscheidungsprozesse eine zentrale Rolle.

Der Fraktionsvorsitzende der FDP Hanau, Henrik Statz, betonte, dass in Hanau vieles bereits in die richtige Richtung gehe: „In der Wirtschaftsförderung sind wir personell und vom Rollenverständnis gut aufgestellt. Mit Martin Bieberle gibt es zudem einen ansprechbaren Netzwerker innerhalb der Verwaltung, der an vielen Stellschrauben drehen kann.“ Gleichzeitig verwies Statz auf internationale Vorbilder: „In skandinavischen Ländern, etwa in Dänemark, versteht sich die Verwaltung stärker als Partner der

Unternehmen. Bei uns liegt der Fokus noch zu oft auf dem Absichern – dort auf dem Ermöglichen.“

Einigkeit herrschte in der Runde darüber, dass überbordende Bürokratie die Unternehmen am stärksten belastet. Die politische und wirtschaftliche Unsicherheit der letzten Jahre bindet bereits erhebliche Ressourcen in den Betrieben. Besonders alarmierend: Der Investitionssaldo liegt kreisweit zum zehnten Mal in Folge im Negativbereich – eine Entwicklung, die Statz als „schleichende De-Industrialisierung“ bezeichnete.

Dr. Quidde erläuterte die steigende Komplexität wirtschaftlicher Risiken: „Vor zehn Jahren standen vor allem steigende Lohnkosten im Fokus. Heute treffen Unternehmen gleichzeitig auf Herausforderungen bei Rahmenbedingungen, Fachkräftegewinnung sowie Energie- und Rohstoffpreisen.“ Dies führe dazu, dass immer mehr größere Unternehmen über Produktionsverlagerungen ins Ausland nachdenken. Zugleich sieht Quidde Chancen: „Deutschland verfügt über hochqualifizierte und innovative Köpfe. Wir sollten selbstbewusster auftreten, statt den Standort schlechtzureden.“

Besorgt zeigte sich Quidde dennoch über die Entwicklung der Industriebeschäftigung im Main-Kinzig-Kreis, die mittlerweile unter die Marke von 30.000 Arbeitsplätzen gefallen ist.

Statz nahm aus dem Austausch vor allem mit, dass auch auf kommunaler Ebene konkrete Verbesserungen möglich sind. Hierzu zählen die Beschleunigung von Planungen und Genehmigungen, eine stärkere Beteiligung der Wirtschaft an Entscheidungsprozessen und der Schutz vor weiterer Bürokratisierung.

Als positives Beispiel nannte er die Rechenzentrumsstrategie der Stadt Hanau: „Sie zeigt, wie eng Wohlstand und sichere, möglichst nachhaltige Energieversorgung miteinander verknüpft sind.“ Perspektivisch könne ein Schulterschluss mit innovativen Unternehmen entstehen – etwa durch privatfinanzierte Energieprojekte.

Mit Blick auf den Fachkräftemangel sprach sich Statz für eine Stärkung der beruflichen Bildung aus: „Nicht jeder berufliche Erfolg beginnt mit einem Studium. In Hanau fehlt spürbar eine voll ausgebaute Hochschule, diese Lücke kann die Brüder Grimm Berufsakademie leider nur teilweise füllen.“ Für internationale Fachkräfte sei eine engere Zusammenarbeit mit spezialisierten Agenturen denkbar, um Visa- und Anerkennungsverfahren zu beschleunigen.

Zum Abschluss betonte Statz die Bedeutung stabiler Rahmenbedingungen: „Ein konstanter Gewerbesteuerhebesatz ist zentral. Steuererhöhungen würden Abwanderungsgedanken nur verstärken und wären Gift für den Wirtschaftsstandort Hanau.“

Fazit der FDP Hanau:

Die Politik vor Ort kann viel bewegen – durch digitale Infrastruktur, partnerschaftliche Verwaltung und verlässliche Standortpolitik. Hanau soll ein Ort bleiben, an dem Unternehmergeist nicht verwaltet, sondern ermöglicht wird.